

Zeitschrift:	Appenzellische Jahrbücher
Herausgeber:	Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft
Band:	150 (2023)
Artikel:	Wir dürfen nicht verstummen. Wir werden gebraucht : ein Blick auf 30 Jahre Internet und auf die Welt
Autor:	Eisenhut, Heidi
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1043834

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wir dürfen nicht verstummen. Wir werden gebraucht

Ein Blick auf 30 Jahre Internet und auf die Welt

HEIDI EISENHUT

In der Rückschau habe ich zu jenem Zeitpunkt realisiert, dass etwas völlig Neues in der Luft lag. Der Englischlehrer an der Kantonsschule Trogen involvierte uns zu Beginn der Lektion regelmässig in Tagesgespräche: «Talk of the day», nannte er das Format. Eines Tages, es war im Jahr 1992, brachte er einen Artikel aus dem amerikanischen «Time Magazine» mit. Eigentlich nichts Aussergewöhnliches, die Zeitschrift inspirierte ab und an das Tagesgespräch. Das Besondere an diesem Artikel war eine Grafik: Sie zeigte einen Telefonapparat mit Hörer, einen PC, Antennen mit Funkwellen-Symbolen und einen Globus. Die Apparate, Antennen und der Globus waren durch Linien miteinander verbunden: connected. Es war zum ersten Mal, dass ich vom Internet hörte.¹ Ich war auf Anhieb elektrisiert.

Es gibt nur eine Staatsform, die etwas taugt

Der Beginn der 1990er-Jahre war dynamisch. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Zerfall der Sowjetunion waren federführende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Kräfte in Nordamerika und Europa in Hochstimmung. Die autoritären und totalitären Systeme im Osten lösten sich auf. Der Westen ging als Sieger aus dem Kampf der Ideologien hervor. Das 1992 vom damals 40-jährigen US-amerikanischen Politologen Francis Fukuyama veröffentlichte Buch «The End of History and the Last Man» untermauerte die vermeintliche Überlegenheit des kapitalistischen, demokratischen westlichen Wegs geschichtsphilosophisch.² Seine an die Dialektik des deutschen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) anknüpfende These lautete: Die geschichtliche Evolution verläuft linear, teleologisch, als gesetzmässige und zielgerichtete Verkettung von Ereignissen.³ Unter diesen Vorzeichen waren für Fukuyama das Ende des Zweiten Weltkriegs und der Sieg der Alliierten Frankreich, Grossbritannien, USA und Sowjetunion über die faschistischen Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan 1945 sowie der Fall der Berliner Mauer und das Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa und der Sowjetunion 1989–1991 entscheidende Beweismittel seiner Weltsicht. Die Menschheit habe die Schlussphase der politischen Systementwicklung erreicht, totalitäre Staatsformen stellten keine Alternativen mehr dar. Nun sei der Weg frei für liberale Demokratien. Diese basierten erstens auf den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger als Abwehr-

1 Der Artikel konnte nicht wiedergefunden werden. Vgl. jedoch die Titelgeschichte «Cyberpunk». In: Time Magazine, 09.02.1993, URL: <https://archive.org/details/time-on-the-internet>, in der nicht nur das Internet erklärt wird («the Internet links at least 3 million computers, many of them university- and researchrelated, around the world. Users can connect to the Internet by phone to share information or tap into data banks»), sondern auch Begriffe wie Hypertext, Virtual Reality und Virtual Communities. – Sämtliche URLs in diesem Beitrag wurden am 25.09.2023 geprüft.

2 Francis Fukuyama: The End of History and the Last Man. New York 1992. Basierend auf dem Aufsatz «The end of history?», den der Autor im Sommer 1989 in der Zeitschrift «The National Interest» veröffentlicht hatte. – Die deutsche Erstausgabe «Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?» erschien 1992 bei Kindler in München.

3 Vgl. hierzu u. a. Henk de Berg: Das Ende der Geschichte und der bürgerliche Rechtsstaat. Hegel – Kojève – Fukuyama. Tübingen 2007.

4 Bis heute wird der «New Deal», das sind die Wirtschafts- und Sozialreformen, die in den Jahren 1933 bis 1938 unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt infolge der Weltwirtschaftskrise umgesetzt wurden, als Erfolgsmodell zur Bewältigung der Doppelkrise von Kapitalismus und Demokratie studiert und zur Nachahmung empfohlen. Vgl. u. a. Eric Rauchway: Why the New Deal Matters. New Haven 2021; Jason Scott Smith: A Concise History of the New Deal. Cambridge 2014.

5 Zitiert bei Fukuyama, Ende der Geschichte (wie Anm. 2), Klappen- text.

6 «Liberalismus» in diesem ur- sprünglichen Sinne bezeichnet die freie Entfaltung des Menschen «ohne Einwirkung rational nicht- legitimierbarer Institutionen und Autorität in einem Staat, dem kein anderer Zweck zuerkannt wird als der Selbstverwirklichung des Menschen zu dienen, indem er dessen Rechte schützt». Rolf K. Hočvar: Art. «Liberalismus. III. Die Ge- schichte des Liberalismus als politi- sche Bewegung». In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 5. Basel 1980, Sp. 261–264.

7 Winston Churchill (1874–1965) am 11.11.1947 in einer Rede im bri- tischen Unterhaus.

8 Ulrich Speck: Fukuyama hatte recht: Die liberale Demokratie bleibt unwiderstehlich. In: NZZ PRO Global, 28.12.2022, URL: www.nzz.ch/pro-global/liberale-demo-kratie-bleibt-unwidersteh- lich-ld.1718456. – Vgl. auch Francis Fukuyama: Der Liberalismus und seine Feinde. Hamburg 2022.

9 Fukuyama, Ende der Geschichte (wie Anm. 2), S. 21.

10 Norbert Blössner: Art. «Thy- mos». In: Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 10. Basel 1998, Sp. 1187–1192.

11 Ebd.

12 Peter Sloterdijk: Zorn und Zeit. Frankfurt/M 2008.

rechte gegen den Staat und als Schutz- und Teilhaberechte, zweitens auf dem Rechtsstaatsprinzip und drittens auf der freien oder allenfalls sozialstaatlich in Zaum gehaltenen Marktwirtschaft.⁴ Fukuyamas Begründung, weshalb solcherart verstandene For- men von Demokratien letztlich alternativlos seien, steht in einer langen Tradition: Seit der Mensch sich selbst schriftlich reflektiert und im neuzeitlichen Denkkosmos seit Thomas Hobbes (1588–1679) und John Locke (1632–1704) herrscht unter Intellektuellen weitgehend Konsens darüber, dass «das Streben nach Sicherheit und materiellem Wohlstand sowie das Streben nach Freiheit und Anerkennung»⁵ den Individuen einerseits, aber auch Gemeinschaften bis hin zu Staaten andererseits naturgemäß innwohnt. Keine andere Staatsform kann diese Bedürfnisse für die grösstmögliche Anzahl Menschen in ihrem Zuständigkeitsgebiet bes- ser befriedigen als eine auf den Grundsätzen des Liberalismus⁶ beruhende Demokratie. Auf diesem geistigen Fundament steht auch Winston Churchills berühmter Ausspruch, Demokratie sei die schlechteste Regierungsform, mit Ausnahme all der anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden seien.⁷ «Die libe- rale Demokratie triumphiert, weil sie einerseits Freiheit und breiten Wohlstand erlaubt und weil andererseits die Qualität ihrer auf ‹checks and balances› beruhenden Regierung den Auto- kratien deutlich überlegen ist», schreibt Ulrich Speck Ende 2022 in der «Neuen Zürcher Zeitung».⁸

Bedürfnis nach Anerkennung

In Francis Fukuyamas Werk von 1992 spielt ein Begriff, der heute in Debatten immer wieder auftaucht, eine wichtige Rolle: der Begriff ‹Thymos›. Der Politologe meint damit das menschliche Streben oder Bedürfnis nach Anerkennung. Er entlieh den Be- griff Platons «Politeia» und schreibt: «Wenn man die wichtige Rolle erkannt hat, die das Bedürfnis nach Anerkennung als treibende Kraft der Geschichte spielt, dann kann man viele scheinbar vertraute Phänomene wie Kultur, Religion, Arbeit, Nationalismus und Krieg neu interpretieren.»⁹ In den ältesten Fundstel- len der frühgriechischen Epik ist Thymos «eine seelisch-geistige Entität, die Menschen [...] ‹belebt› und ihr Verhalten in vielfäl-iger Weise beeinflusst (wie ‹Herz›, ‹Gemüt›, ‹Sinn› u. ä.)», heisst es im Historischen Wörterbuch der Philosophie.¹⁰ Der epische Thymos sei beteiligt an Empfindungen wie Freude, Schmerz, Wohlwollen, Zorn, Mut, Angst, Hoffnung, Stolz, Verlangen u. a., zeige aktive Willensregungen und wirke mit an intellektuellen Prozessen wie (zweifelnder) Überlegung, wobei eindeutig der emotional-voluntative Bereich dominiere.¹¹ Je nach Kontext ist Thymos also positiv oder negativ konnotiert, und immer ist er Triebkraft – nach Peter Sloterdijk «zentrale Triebkraft»¹² – von Entwicklung und Veränderung.



Fotoserie von Christina Waidelich, Februar 2013 (siehe Seite 48).

Würde sich das Bedürfnis nach Anerkennung, das jedem Menschen innewohnt, mit der Überzeugung paaren, dem Wohle aller zu dienen, hätten wir vielleicht paradiesische Zustände. Aber der Mensch ist Mensch. Er braucht Regeln und lernt im besten Fall schon als Kind, dass es Grenzen gibt und Regeln im positiven Sinne das Miteinander mitgestalten. Und er braucht die Erfahrung, dass es sich lohnt, sich für «das Gute» einzusetzen.

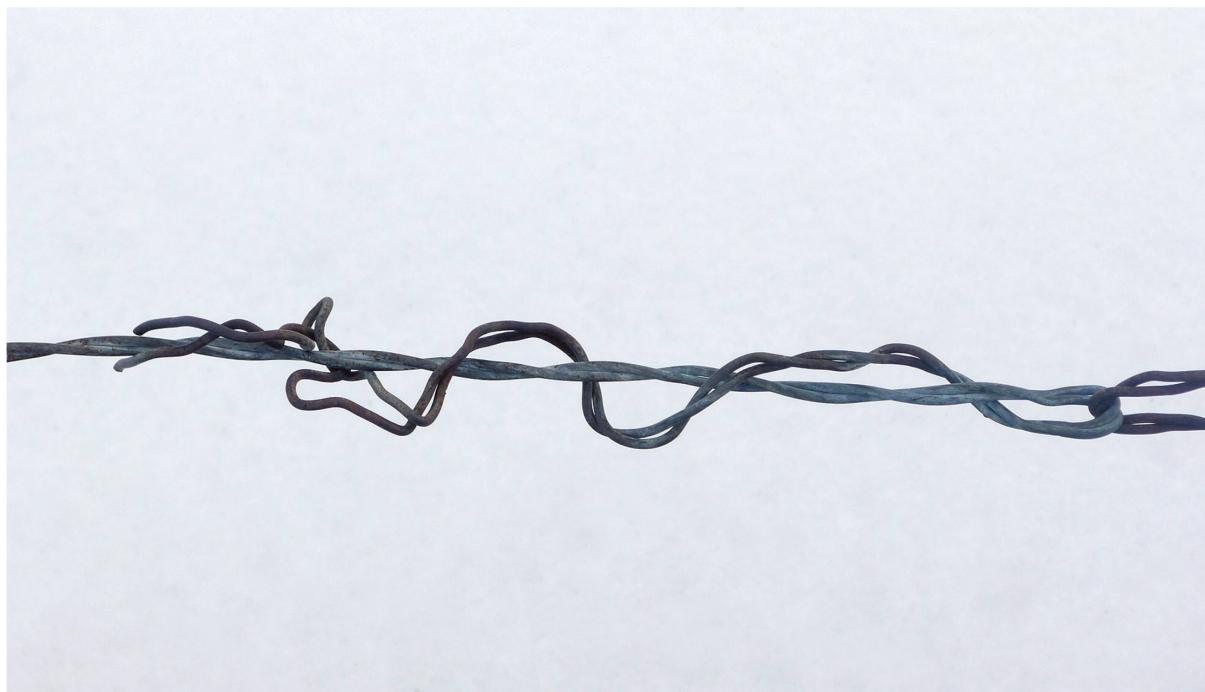
Kritik an vereinfachter Weltsicht

Fukuyamas lineares Geschichtsbild wurde bereits kurz nach Erscheinen seines Buches 1992 und seither immer wieder heftig kritisiert:¹³ auch weil es auf die US-amerikanische Staatswirklichkeit als Höhe- und Endpunkt der Geschichte gerichtet ist und der Welt diese nicht nur als Ideal präsentiert, sondern als einzige zukunftsfähige ankündigt.¹⁴ Zunächst schien die Geschichte dem Politologen recht zu geben. Der im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zu beobachtende globale Demokratie-Aufschwung kippte dann allerdings im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ins Gegenteil.¹⁵ Fukuyamas ideologischer Gegenspieler, sein akademischer Lehrer Samuel P. Huntington, der 1996 die These aufgestellt hatte, Konflikte würden fortan nicht mehr zwischen Nationalstaaten, sondern zwischen Kulturen, Konfessionen und Identitäten ausgetragen, erhielt nach den

13 Zusammengefasst u. a. bei Stefan Jordan: Francis Fukuyama und das «Ende der Geschichte». In: Docupedia-Zeitgeschichte, 30.05.2011, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.292.v1>.

14 Ebd.

15 Yana Gorokhovskaia, Adrian Shahbaz, Amy Slipowitz: Freedom in the World 2023, 03.2023, URL: <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2023/marking-50-years>.



16 Samuel P. Huntington:
The Clash of Civilizations and
the Remaking of World Order.
New York 1996.

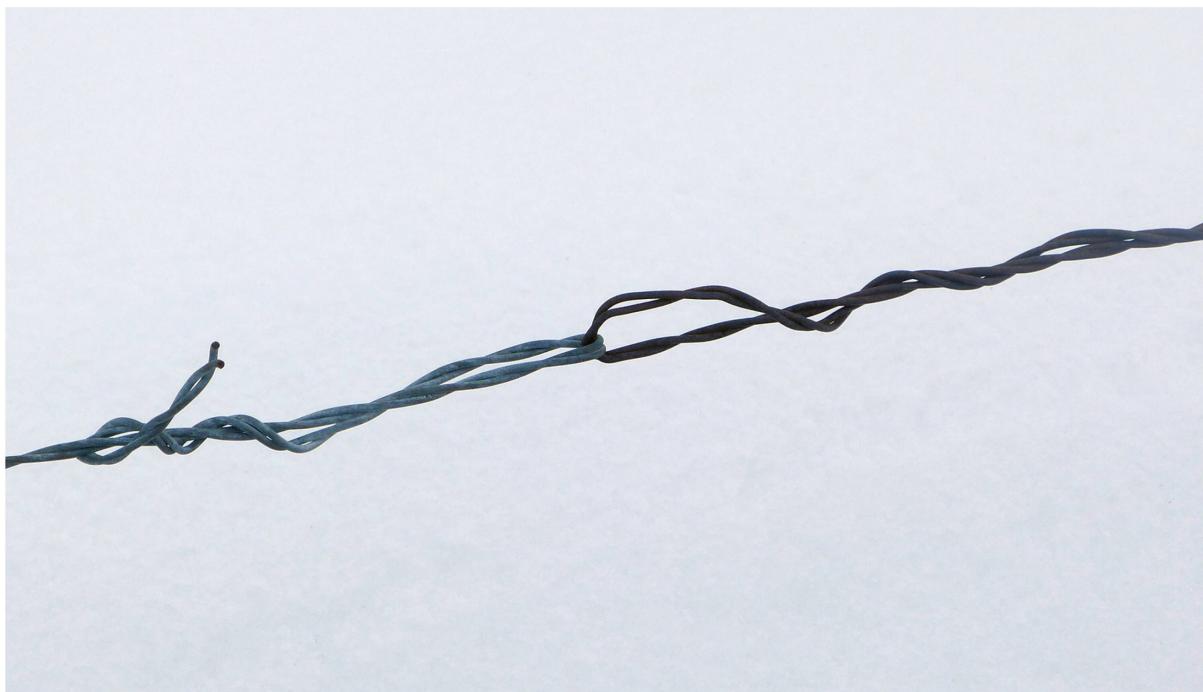
17 Amartya Sen: Democracy as
a Universal Value. In: Journal of
Democracy 10/3 (1999), S. 3-17.

18 Bundesverfassung der
Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV) vom 18. April 1999
(Stand: 13.02.2022), URL: <https://fedlex.data.admin.ch/eli/cc/1999/404>, Präambel und Art. 2.

Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York Aufwind. Huntington wurde für seine vereinfachte Weltsicht jedoch genauso heftig kritisiert wie sein Schüler.¹⁶ Es gibt weder die liberale Demokratie noch homogene Kulturen wie den Islam. Im Gegenteil: «Vielfalt ist ein Merkmal der meisten Kulturen der Welt», schrieb einer der Kritiker, der indische Philosoph Amartya Sen,¹⁷ und lieferte damit ein wichtiges Stichwort: Vielfalt, die auch Verschiedenartigkeit, Buntheit oder Reichtum bedeuten kann.

Vielfalt als Wert

In der Schweizerischen Bundesverfassung aus dem Jahr 1999 steht die «Achtung der Vielfalt in der Einheit» oder die Förderung des inneren Zusammenhalts und der kulturellen Vielfalt neben Wendungen und Begriffen wie Verantwortung gegenüber der Schöpfung, Stärkung von Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt, Sicherheit, Chancengleichheit, gegenseitiger Rücksichtnahme, gemeinsamer Wohlfahrt, Verantwortung gegenüber künftigen Generationen, nachhaltiger Entwicklung oder dauerhafter Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.¹⁸ Sowohl die Verfassungsgeber, im Falle der Eidgenossenschaft das «Schweizervolk und die Kantone», als auch der Staat haben klar definierte Rechte und Pflichten. So sind etwa die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, Verantwortung für sich selbst wahrzu-



nehmen und nach ihren Kräften bei der Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft mitzuwirken.¹⁹ Radio und Fernsehen beispielsweise haben den Auftrag, «zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung» beizutragen, «die Ereignisse sachgerecht» darzustellen und «die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck» zu bringen.²⁰

Mit seiner Verfassungstradition, seiner föderalistischen Struktur, der strikten Gewaltentrennung, der Tatsache, dass alle Schweizerinnen und Schweizer, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben und als mündig gelten, mit Ausnahme der Wehrpflicht die gleichen politischen Rechte und Pflichten haben, ausserdem mit einer seit bald 80 Jahren kaum von schweren Krisen betroffenen Wirtschaft, einer starken Währung und einem international als mustergültig erkannten durchlässigen dualen Bildungssystem gilt der 175-jährige Schweizerische Bundesstaat in all seinen Facetten als verlässliches demokratisches Gemeinwesen.

Dieser Befund wird zusätzlich gestützt durch die Wissenschaft. Studien zeigen, dass das Vertrauen in die Regierung, die Wirtschaft und die Gerichte gross ist in der Schweiz.²¹

Entgrenzungen

Die Voraussetzungen für weitere 175 Jahre Schweizerischer Bundesstaat wären gut. Und doch scheint unsere Gesellschaft,

19 Ebd., Art. 6.

20 Ebd., Art. 93 Abs. 2.

21 Vgl. Benjamin von Wyly:
Der Faktor Vertrauen: Was ist
seine Bedeutung für die Schweiz.
In: swissinfo, 03.07.2023, URL:
<https://www.swissinfo.ch/ger/warum-die-menschen-in-der-schweiz-dem-staat-vertrauen/48534372>, mit weiterer Literatur. –
Vgl. zudem Pro Futuris, Think+Do Tank der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft: Demokratiemonitor, 12.09.2023, URL:
<https://www.demokratie2050.ch/demokratiemonitor>.



die im globalen Kontext zu den freisten, wohlhabendsten und demokratischsten zählt, am Ende des ersten Viertels des 21. Jahrhunderts an einem Punkt zu stehen, den es etwas genauer zu betrachten gilt. Ist das, was wir haben, stabil genug?

Ich berichte nochmals aus meiner Perspektive und blende ein Jahrzehnt zurück. Am Anfang dieser Zeitspanne steht ein diffuses Gefühl. Irgendetwas ist anders als in früheren Jahren. Aber was? 2013 deckt der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden die umfassende Überwachung des Internets durch amerikanische Geheimdienste auf. 2014 kann Russland ohne Weiteres die ukrainische Halbinsel Krim annexieren. 2015 strömen Geflüchtete über die Balkanroute nach Europa, sind in aller Munde und dann plötzlich von der Bildfläche verschwunden, wie wenn sich alles in Luft aufgelöst hätte. Das Jahr geht als das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in die Geschichte ein. Die darauffolgenden Jahre werden noch wärmer. 2016 wird Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. 2017 kündigt er an, aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen zu wollen. Ein menschengemachter Klimawandel existiere nicht. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) zieht erstmals eine rechtsextreme Partei in den deutschen Bundestag ein. 2018 kommt es in Europa zu extremen Hitzewellen und in der Folge zu Ernteausfällen, Hitzenötigkeit und Wasserknappheit. 2019 initiiert die Schwedin Greta Thunberg Schulstreiks für das Klima, die sich zur globalen Bewegung «Fridays for Future» aus-



weiten: Jeden Freitag demonstrieren Millionen Schülerinnen und Schüler für mehr Klimaschutz. 2020 beherrscht die Corona-Pandemie die Welt in einem Ausmass, das bis dahin für unmöglich gehalten worden war. 2021 wird gegen das Virus geimpft. Die Corona-Politik spaltet die Gesellschaft. Anhängerinnen und Anhänger von Donald Trump stürmen den Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika, weil sie ihrem Idol und dessen Mär von den gestohlenen Wahlen Glauben schenken. 2022 überfällt Russland die Ukraine und bringt den Krieg zurück nach Europa. Die westliche Welt realisiert, Wladimir Putin unterschätzt zu haben. 2023 wird durch das Computerprogramm Chat GPT künstliche Intelligenz (KI) breit zugänglich.

Alle diese Ereignisse – und das sind nur wenige, subjektiv ausgewählte – kennen keine Landesgrenzen. Sie haben Auswirkungen auf unser Leben und machen es unmöglich, in irgend einer Form «vernünftig» durchzublicken. Die meisten der Geschehnisse, die global bewegen, haben mit der Tatsache zu tun, dass es neben einer realen Welt zusätzlich virtuelle Welten gibt und dass die Menschen in allen Winkeln der Erde täglich zunehmend auch in diesen unterwegs sind. Das führt zwangsläufig zu neuen Konstellationen, zu Verschiebungen und Brüchen. In meiner Lebenswelt stelle ich fest, dass vieles unverbindlicher,

fluider wird. Dass bei Verpflichtungen Absicherungen auf alle Seiten hin stark gewichtet werden. Dass die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und Entscheide zu fällen, sinkt. Dass Begriffe andere Nuancen erhalten und Inhalte schwieriger zu vermitteln sind oder nicht verstanden werden. Dass insgesamt Kommunikation fragmentierter wird, weil wir uns meistens nicht mehr nur noch auf einem, sondern auf mehreren Kanälen gleichzeitig bewegen. Weil überhaupt für alles, was gesagt, getan und ausgewählt wird, parallel Alternativen aufscheinen, die vielleicht noch besser hätten sein können.

Stärkung der digitalen Kompetenz

Dass solcherart zu Beobachtendes unsere Gesellschaft und mit ihr unser politisches System betrifft, ist selbstredend. Das Dilemma der grenzenlosen Wahlmöglichkeiten²² kann permanente Reizüberflutungen, Überforderung, Desorientierung, Resignation und undefinierbare Ängste zur Folge haben. «Du musst halt selbst entscheiden, was du willst», ist unter Umständen zu viel verlangt. Wie sich entscheiden? Was wollen? Wem vertrauen? Woran sich halten? Und was ist denn nun, in dieser ganzen Unübersichtlichkeit, wahr? Was ist falsch? Oder spielt das womöglich nicht einmal eine Rolle?

In dieser Sache gilt es dezidiert dagegenzuhalten. Es spielt eine Rolle, ob etwas wahr ist oder falsch. Der Komiker Simon Enzler hat eine der Hauptgefahren für unsere Demokratie Anfang 2023 in einem Interview auf den Punkt gebracht: «Es gibt Menschen, die das Vertrauen in den Staat und in die Wissenschaft verloren haben und stattdessen irgendwelchen Quellen aus dem Internet glauben, die sie weder kennen noch geprüft haben, einer ETH-Studie aber vorwerfen, sie sei gekauft.»²³ Kai Unzicker, Experte für Demokratie und Zusammenarbeit bei der deutschen Bertelsmann Stiftung, sagt: «Verlässliche Informationen sind die Grundlage für eine fundierte Meinungsbildung und damit für den demokratischen Diskurs.»²⁴ Und Kathleen Berger, Expertin für Digitalpolitik der Stiftung, untermauert: «Für den Einsatz gegen Desinformationen müssen viele Räder ineinander greifen. Neben einer Regulierung von oben braucht es einen Kompetenzaufbau von unten.»²⁵

Der Aufbau und die Stärkung der Digitalen Kompetenz – in der Fachsprache «Digital Literacy», wobei «Literacy» auch «Fähigkeit zu lesen» und «Bildung» bedeutet – ist überlebensnotwendig für unsere freie und offene Gesellschaft. «Digitally literate» zu sein heisst, über ein tieferes, kritisches Verständnis von Technologie und digitaler Transformation zu verfügen, das befähigen soll, sich souverän und kreativ in digitalen Welten zu bewegen.»²⁶ Digitale Kompetenz heisst auch Medien- und Nachrichtenkompetenz, das Wissen um die Macht der Manipu-

22 Vgl. hierzu Peter Gross: Die Multioptionsgesellschaft. 16. Auflage. Frankfurt/M 2016 (Erstauflage 1994; noch ohne die Erfahrung der Digitalen Revolution).

23 David Widmer und Ramona Koller: «Die gesellschaftliche Spaltung ist ein grosses Problem.» Komiker Simon Enzler über sein neuestes Programm in der Krisenlage. In: Appenzeller Zeitung, 28.01.2023.

24 Kai Unzicker: Desinformation: Herausforderung für die Demokratie. Einstellungen und Wahrnehmungen in Europa. Studie von «Upgrade Democracy». Bertelsmann Stiftung, 08.2023. Hier zitiert bei: EU-Bürger wünschen sich laut Studie mehr Massnahmen gegen Fake News. In: ZEIT ONLINE, 23.08.2023, URL: www.zeit.de/digital/internet/2023-08/internet-eu-umfrage-falschinformation-kuenstliche-intelligenz.

25 Ebd. – Weiterführende Informationen unter www.bertelsmann-stiftung.de.

26 IVIT-Strategie der Universität Basel, URL: <https://digitalskills.unibas.ch/de/kompetenzrahmen>. IVIT steht für Informationsversorgung und Informationstechnologie.



27 Urs Bieri et al.: Digitalisierung der Schweizer Demokratie. Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Zürich 2021 (TA-SWISS 75/2021), URL: <https://doi.org/10.3929/ethz-b-000501054>, hier S. 21 f.

28 Eric Wrasse et al.: Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit, 23.10.2019, URL: www.weimarer-erklaerung.de/demokratische-bildungsarbeit.

29 Sundar Pichai in einem Interview der Sendung «60 Minutes» des US-TV-Senders CBS, zitiert in: Appenzeller Zeitung, 18.04.2023.

30 Dies entspricht einer der vier Handlungsempfehlungen der Bertelsmann Stiftung in der Studie «Upgrade Democracy» (wie Anm. 24).

31 Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft und Stiftung Mercator Schweiz (Hrsg.): Baustelle Demokratie. Fünf Herausforderungen für die Schweiz. Arbeitspapier – Schweizer Think-Tanks und Foresehters, 01.2023, mit Verweis auf weiterführende Quellen und Literatur.

32 Zitiert bei Christina Neuhaus: Kein grosses Denken ohne grosse Beleidigung – sinngemäss gilt es das auch in der Politik. In: NZZ, 02.09.2023.

lation durch Werbung und der Besitz von Fähigkeiten im Umgang mit sozialen Medien.²⁷ Es ist «die Aufgabe von Bildung in der Demokratie, für demokratische Grundwerte einzutreten und gegen antidemokratische, antipluralistische und menschenfeindliche Positionen Stellung zu beziehen». ²⁸ Auf Seiten der staatlichen Instanzen müssen Verstösse gegen gesetzlich festgeschriebene, nicht verhandelbare Werte geahndet werden: «Es muss Konsequenzen für die Produktion von Deepfake-Videos geben, die der Gesellschaft schaden», betonte Google-Chef Sundar Pichai im Frühjahr 2023 in einem Interview.²⁹ Ohne eine konsequente und transparente Moderation von Inhalten auf digitalen Plattformen ist das nicht möglich.³⁰

Etwas Weiteres ist überlebensnotwendig für eine Demokratie: Die Kräfte, denen die Schweiz und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt am Herzen liegen, sollten ernst nehmen, dass es Menschen gibt, die das Vertrauen in den Staat, in die Medien und in die Wissenschaft verloren haben – obwohl die Schweiz, wie oben geschildert, im internationalen Vergleich im Augenblick noch gut dasteht. Es gibt auch hierzulande in allen gesellschaftlichen Schichten Personen, die von der Effizienz autoritärer Führung schwärmen. Und was besonders schwer wiegt: Es gibt zahlreiche Jugendliche, die nicht mehr formulieren können, «was die Staatsform Demokratie ihnen an Vorteilen bringen soll». ³¹ Dass dies der Fall ist, hat mit ganz unterschiedlichen Faktoren zu tun, aber auch mit der Tatsache, dass die politischen Mühlen langsam mahlen im Gegensatz zu den dynamisch sich verändernden Lebenswelten der Menschen. «Die Politik verschläft die wichtigsten Wirtschaftsthemen», sagte im Sommer 2023 Fernsehmoderator Reto Lipp: «Wir nicht. Bei uns geht es um sinkende Reallöhne, Wirtschaftsabschwung, Zuwanderung, steigende Mieten und Europa.»³² In der Tat krankt unser politisches System daran, Nebenschauplätze aufzublasen, derweil die Menschen hierzulande konfrontiert sind mit Gesundheitskosten, die aus dem Ruder laufen, steigenden Energie- und Rohstoffpreisen und vielen offenen Fragen zur Zukunft unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Was tun?

Schnelle, geschweige denn einfache Lösungen für diese Fragen gibt es nicht. Und das Rad zurückdrehen lässt sich ohnehin nicht. Durch das Internet hat sich die Welt vervielfacht. Mit der künstlichen Intelligenz wird der rasante Wandel weitergehen. Spannende neue Chancen eröffnen sich – und neue Herausforderungen tauchen auf. Um unsere liberale Demokratie in die nächste Dekade zu führen, braucht es alle Kräfte, die in den Milieus, in denen sie sich bewegen, die Grundwerte unserer offenen Gesellschaft kennen, leben und mit Freude, Überzeugung

und Selbstvertrauen verteidigen. Das Schlimmste, was geschehen kann, ist Resignation und Rückzug: eine Befindlichkeit, die leider in den USA in den letzten Jahren um sich gegriffen hat.³³

In der Schweiz gibt es zum Glück immer noch Orte, an denen Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen miteinander ins Gespräch kommen können. Das sind vor allem Vereine wie die Feuerwehr, der Turnverein, der Samariterverein, der Chor, die Brass Band oder die Lesegesellschaft. Auch kirchliche Organisationen leisten wertvolle Arbeit zur Stärkung der Gemeinschaft. Vereine, darunter wohl an erster Stelle Fussballclubs, sind zudem Motoren der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern.

Mit einem ihrer Ziele, Gelegenheit zu gesellschaftlichem Austausch zu bieten,³⁴ hat die Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft die besten Voraussetzungen, einen neutralen Raum für politisch und weltanschaulich offene Gespräche über Fragen, die das Gemeinwohl betreffen, bereitzustellen.³⁵

Die sieben Fotografien, die diesen Aufsatz begleiten, sind von Christina Waidelich aus Grub AR. Sie entstanden im Februar 2013 im Appenzeller Vorderland. Über ihren Blick auf die Welt schreibt die Künstlerin 2019: «Offen sein für Neuentdeckungen, die Wahrnehmung intensivieren, gehören im Alltag zu Erlebtem, aus dem ich schöpfen und weiter experimentieren kann, um einem mir entsprechenden, ehrlichen Weg zu folgen.»

www.christinawaidelich.ch

33 Gespräche der Autorin mit gut ausgebildeten US-Amerikanerinnen und -Amerikanern mittleren Alters aus ihrem Bekanntenkreis, 2020–2023.

34 Gemäss Protokoll der 190. Jahressversammlung der AGG vom 26.11.2022, unten S. 208–215, hier S. 214.

35 Vgl. hierzu auch Appenzellische Jahrbücher (=AJb) 139 (2012), Titelthema «Bürgerinnen und Bürger in der Res publica», URL: <https://doi.org/10.5169/seals-513294>.

